

Kritiker fordern Verzicht auf Großprojekte

Grünen-Abgeordnete in Bund und Land halten der Bahn hausgemachte Finanzengpässe vor

STUTTGART. Die Finanznöte der Deutschen Bahn rufen Gegner der geplanten Großprojekte auf den Plan. Sie fordern das Unternehmen auf, seine Investitionspläne zu überdenken.

Von Thomas Breining

Der Bahnchef Hartmut Mehdorn hat festgelegt, dass der Bund in seiner mittelfristigen Finanzplanung dem Unternehmen sechs Milliarden Euro weniger für neue Projekte zur Verfügung stellt (wir haben berichtet).

Der Heidelberger Grünen-Bundestagsabgeordnete Fritz Kuhn hat Mehdorn in einem Brief vorgeworfen, die Engpässe bei der Bahn AG seien „weit gehend hausgemacht“. Er sei in seiner Finanzplanung „von illusionären und nie zugesagten Bundeszuschüssen ausgegangen“. Auch der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im baden-württembergischen Landtag, Boris Palmer, unterstützt diese Version. Der Bund sei gegenüber der Bahn vertraglich verpflichtet, Kostensteigerungen von fünf Milliarden Euro bei den Großprojekten München–Ingolstadt, Frankfurt–Köln und dem Knoten Berlin zu tragen. „Diese Mittel – sie machen den überwiegenden Teil des Fehlbetrags aus – fehlen nun für Neuinvestitionen“, sagt Palmer. Eine andere Lücke ergebe sich aus einer Kürzung von 1,2 Milliarden Euro, die das Finanzministerium „ohne Rücksprache mit den Fraktionen“ vor-

gesehen habe. „Darüber wird noch bei den anstehenden Haushaltsberatungen zu sprechen sein.“ In dieser Situation solle die Bahn „auf unsinnige Großprojekte“ verzichten, etwa den von niemandem politisch gewollten Bypass Mannheim. Bei den zu teuer geratenen Projekten hätten vor allem die Tunnel mehr gekostet als geplant. Diese Erkenntnisse müsse auch Konsequenzen haben für Stuttgart 21; hier sei das Finanzierungsri-

siko „viel zu groß“, weil es „vor Tunneln nur so strotzt“. Der Mehraufwand werde von Stadt und Land zu tragen sein, sagte Palmer.

Kuhn forderte den Bahnchef Mehdorn auf, „nun endlich“ auf die Planungsvariante für den Mannheimer Bypass zu verzichten. So ließen sich „mindestens 435 Millionen Euro“ einsparen. Die Voruntersuchungen und Probebohrungen auf der Bypass-Trasse sollten darum eingestellt werden.